## A) FESTSETZUNGEN durch Text

- 1.a) Das Gebiet ist, soweit nicht als Gemeinbedarfsfläche gekennzeichnet, als Grünfläche Sportanlagen nach § 9 Abs. 1 Nr. 15 Baugesetzbuch festgesetzt.
- 1.b) Zulässig sind Einrichtungen und Anlagen, wie Hartplätze, Rasenplätze, Tennisplätze, Spielwiesen, Kinder- und Ballspielplätze, jeweils nur an der dafür vorgesehenen Stelle.
- 1.c) Innerhalb der Grünfläche ist auf den durch Baugrenzen näher festgelegten Flächen ein Tennisbetriebsgebäude zulässig.
- 1.d) Anlagen, wie fliegende Bauten, Traglufthallen, Geräteschuppen, Garagen sowie das Aufstellen von Zelten und Wohnwagen sind unzulässig.
- Die als Hallenbad mit Sauna gekennzeichneten Flächen sind als Gemeinbedarfsflächen nach § 9 Abs. 1 Nr. 5 Baugesetzbuch festgesetzt.
- 3. Gestaltung der baulichen Anlagen
- 3.a) Tennisbetriebsgebäude: Holzskelettkonstruktion Dachform: Satteldach

Außenwandverkleidung: Holz

3.b) Sporthalle:

Dachform: Satteldach

- 4. Als Einfriedung wird festgesetzt:
- 4.a) Entlang der Tennisplätze ist ein sockelloser Maschendrahtzaun mit einer Höhe von max. 4,00 m über Oberkante Tennisplatzgelände zulässig. Das Anbringen von Tennis- und Sichtschutzplanen an den Außenzäunenist unzulässig.
- 4.b) Sonstige Einfriedungen sind unzulässig.
- 5.a) Die Erschließungswege sind staubfrei zu befestigen (Bitukiesdecke).
- 5.b) Die Plätze sind mit Kleinsteinpflaster oder Verbundsteinplatten zu befestigen.
- 6. Als Bepflanzung wird festgesetzt:
- 6.a) Pro 1 m² Pflanz- bzw. Aufforstungsfläche muß 1 Strauch bzw. 1 Baum gepflanzt werden (Jungpflanzen).
- 6.b) Zur Verwendung kommende Gehölze: Erle, Kiefer, Eiche, Esche, Linde, Pappel, Eberesche, Ahorn, Wildbirne, Traubenkirsche.
- 6.c) Die zur Verwendung kommenden Sträucher beschränken sich ausschließlich auf heimische Arten.
- 6.d) Das zur Verwendung kommende Pflanzmaterial muß den Richtlinien des Bundes deutscher Baumschulen entsprechen.
- Zum Bauantrag ist der Gemeinde ein Freiflächengestaltungsplan vorzulegen.
- Innerhalb der Sichtdreiecke ist jede Art von Bebauung und Bepflanzung
   ausgenommen hochstämmige, in Sichthöhe unbelaubte Bäume über 0,8 m
  Höhe über Oberkante Straßenmitte unzulässig.

## B) FESTSETZUNGEN durch Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans

2. \_\_\_\_\_ Baugrenzen

3. öffentliche Straßenverkehrsflächen
F Fußweg

öffentliche Parkflächen

Zufahrt zur Parkfläche

Straßenbegrenzungslinie

Gemeinbedarfsflächen

Hallenbad mit Sauna

öffentliche Grünflächen
Wiesenflächen

Spielwiese

Spielplatz

Rasenspielfeld (nicht bereichsgebunden)

Bolzplatz

vorhandene Pflanzflächen (Pflanzbindung)

vorhandene Straßenbäume

Aufforstungs- bzw. Pflanzflächen (Pflanzgebot)

Acer platanoides (Spitzahorn), Hochstamm, Stammumfang 20 - 25 cm, 3 x verpflanzt

Tilia cordata (Linde), Hochstamm, Stammumfang
20 - 25 cm, 3 x verpflanzt

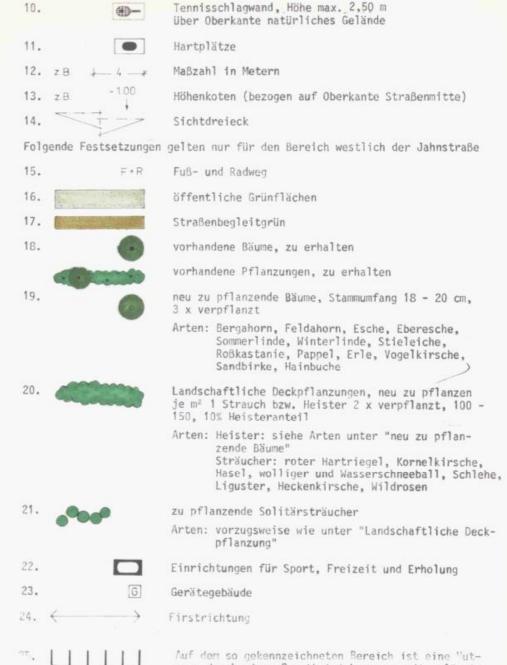
Fravinus excelsion (Esche), Hochstamm, Stammum

Fraxinus excelsior (Esche), Hochstamm, Stammumfang 20 - 25 cm, 3 x verpflanzt

8. Tennisbetriebsgebäude

9.

Tennisbetriebsgebäude
Tennisplätze



zung durch einen Sportbetrieb nur soweit zulässig.

meine Mohngebiet südöstlich der Hochstraße geltenden Immissionsrichtwerte kommt. Dies ist vor der Nutzung der gekennzeichneten Gebiete anhand eines

schalltechnischen Gutachtens nachzuweisen.

als es nicht zusammen mit dem übrigen durch den Sportbetrieb samt zugehörigem Kfz-Verkehr verursachten Lärm zu Überschreitungen der für das allge-

c) HINWEISE

	-0	bestehende Grundstücksgrenzen
z B	944	Flurstücksnummer
		vorhandene Hauptgebäude
		vorhandene Nebengebäude
		Versorgungsleitung, el.

Verwendete Planunterlagen:

Katasterblätter, M 1:1000, Vermessungsamt München

Nummern der Katasterblätter: NW V 4.13 / NW V 4.14 NW V 4.18 / NW V 4.19

Die Kartenunterlagen sind zur Maßentnahme nur bedingt geeignet.

Gegen diesen Bebauungsplan wurde vom Landratsamt Dachau mit Bescheid vom 18.10, 1989, Nr. 40/610-4/3 nach § 11 Abs. 3 S. 1 BauGB i. V. m. § 2 Abs. 2 der Zuständigkeitsverordnung zum BauGB keine Verletzung von Rechtsvorschriften geltend gemacht, die eine Versagung der Genehmigung nach § 6 Abs. 2 BauGB rechtfertigen würde.

Dachau, den 12.04.1990
Landratsamt Dachau
i.A.
Wehner
Oberregierungsra

Tivi